

## Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Dietmar Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Aktuelle Situation der Menschenrechte und Versorgungslage im rheinland-pfälzischen Partnerland Ruanda

Nach Presseberichten der letzten Tage hat sich neben der Versorgungssituation die Menschenrechtssituation in Teilen des rheinland-pfälzischen Partnerlandes Ruanda dramatisch verschlechtert. So soll es bei „Säuberungsaktionen“ zu systematischen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung durch die ruandische Armee gekommen sein, mit vielen hundert Toten. Beim Besuch des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck im Juni 1997 in Ruanda hat die Staatsführung einschließlich des Verteidigungsministers eindeutig zugesagt, daß die Menschenrechte auch vom Militär geachtet würden. Eine dem Staatspräsidenten übergebene Liste über verschwundene und inhaftierte Personen von amnesty international (ai) sollte umgehend in jedem Einzelfall aufgeklärt werden. Die Unterstützung einer internationalen Untersuchung über offensichtliche Menschenrechtsverletzungen im Grenzgebiet zu Ruanda, auf der kongolesischen (ehemals Zaire) Seite, wurde damals vom Verteidigungsminister zugesagt. Mittlerweile mußte die eingesetzte UNO-Menschenrechtsdelegation, die diese Vorgänge aufklären sollte, unverrichteter Dinge abziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ergebnisse liegen der Landesregierung über die anlässlich der Delegationsreise im Juni 1997 dem Staatspräsidenten überreichten Liste von ai mittlerweile vor?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung von Säuberungsaktionen der ruandischen Armee, insbesondere entlang der Grenze zu Burundi und der demokratischen Republik Kongo (ehemals Zaire), und wie viele Opfer sind in den Reihen der Zivilbevölkerung nach internationalen Erkenntnissen zu beklagen?
3. Welchen Einfluß nimmt die Landesregierung in diesen konkreten Fällen zur umgehenden Verbesserung der Menschenrechtssituation auf die Regierung in Ruanda bzw. die internationale Gemeinschaft (UNO, Weltbank, etc.)?
4. Welche Partnerschaftsprojekte von rheinland-pfälzischen Kommunen, Städten und Schulen sind von dieser jüngsten Entwicklung durch die Verschlechterung der Menschenrechtssituation und der Versorgungslage betroffen?
5. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Zuspitzung der Menschenrechtssituation in Teilen des Landes?
6. In welchem Maße wird die im November 1997 in Mainz vorgesehene Afrika-konferenz der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Weltbank von diesen aktuellen Entwicklungen in Ruanda und der demokratischen Republik Kongo beeinflusst?

Dietmar Rieth